

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: Jusos Dresden (dort beschlossen am: 10.08.2024)

Titel: **Gegen die verfassungswidrige Auslieferung an
Ungarn - Solidarität mit Maja!**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen und an den Bundeskongress der Jusos weiterleiten:

Antragstext

- 1 Die Jusos Sachsen mögen beschließen, sich mit Antifaschist*in Maja T., zu
- 2 solidarisieren, die verfassungswidrig aufgrund eines Ermittlungsverfahrens in
- 3 dem zum Teil autokratisch geführten Staat Ungarn ausgeliefert wurde. Deutschland
- 4 soll Antifaschist*innen schützen und sie nicht dem Despot in Putins Vorzimmer
- 5 zum Fraß vorwerfen.

Begründung

Als in der Nacht zum 28. Juni 2024 die Polizeibehörden, im Auftrag der Berliner Generalstaatsanwaltschaft, die Wohnung der 23-jährigen nonbinären Antifaschist*in Maja stürmte, ahnte zu dem Zeitpunkt noch niemand, was für weitreichende Konsequenzen diese Aktion nach sich zog. In der Folge kooperierten die deutschen, österreichischen und ungarischen Behörden auffallend schnell und Maja wurde innerhalb kürzester Zeit per Helikopter von Deutschland nach Ungarn ausgeliefert. Das Bundesverfassungsgericht kam dabei am gleichen Tag zu dem Entschluss, dass die Auslieferung nicht verfassungskonform lief und verfasste einen Eilbeschluss gegen eine Auslieferung Majas, jedoch zu spät und die Berliner Generalstaatsanwaltschaft, die diese Auslieferung erwirkt hatte, sieht keinen triftigen Grund, Maja aus Ungarn zurückzuholen.

Dieser Auslieferung vorangegangen war eine Anklage der ungarischen Behörden Maja gegenüber, wo Maja mit einigen anderen Antifaschist*innen einen rechtsextremen Gedenkmarsch in Budapest gestürmt und

Rechtsextremist*innen darin angegriffen haben sollen. Außerdem soll Maja, laut den ungarischen Behörden, Mitglied einer linksextremistischen Vereinigung sein, die in Ungarn agiert und das Ziel hat, "mit Gewalt gegen Angehörige des rechten Spektrums in Ungarn vorzugehen". Weitere Gründe, die gegen eine Auslieferung sprechen, sind zum einen die Berichte über miserable Haftbedingungen in Ungarn sowie die politische Gesellschaft in Ungarn selbst. Mit Viktor Orban besitzt Ungarn einen Ministerpräsidenten, der das Land aktuell in eine Autokratie führt, die Demokratie und die Justiz abbaut, sich Russland nähert und innerhalb der EU immer häufiger gegen alle anderen Mitgliedsstaaten stellt.

Deshalb fordern wir, dass sich die beteiligten deutschen Behörden diesen Fall aufarbeiten und dass die Berliner Generalstaatsanwaltschaft erwirkt, dass Maja, aufgrund ihrer verfassungswidrigen Auslieferung, aus Ungarn wieder nach Deutschland zurückgeführt wird.